

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 23. Mai 2019 wird das Grundgesetz 70 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch! Aber wem gratulieren? Den Repräsentanten der Verfassungsorgane und allen anderen, die an der Staatsorganisation beteiligt sind? Sie veranstalten zumindest die eine oder andere Geburtstagsparty. Oder gilt der Glückwunsch der Gesellschaft selbst, die nach wie vor ihre Zustimmung zur deutschen Nachkriegsverfassung gibt, jedenfalls eine überwältigende Mehrheit? Wenn die Analysen stimmen, die in dieser forum-Ausgabe präsentiert werden, dann sollten Staat und Volk gemeinsam feiern.



Die Verfassung wird weiter funktionieren, wenn sie Rückhalt in der Bevölkerung und bei den Repräsentanten organisierter Interessen findet. Die Zustimmung zu ihren Regelungen lässt sich allerdings nicht erzwingen. Umgekehrt kann man aber sagen, dass sie – auch unter Stress – stabil bleibt, wenn die Bürger/-innen zu ihr stehen.

Die brandaktuelle von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebene Studie „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände“ trübt den bisherigen Zustimmungsoptimismus, wenn z. B. fast ein Drittel der Befragten meint, die Demokratie führe zu faulen Kompromissen. Die im Heft abgedruckte **Ergebniszusammenfassung** gibt weitere Einblicke.

Die Weimarer Demokratie ist nicht an ihrer Reichsverfassung gescheitert, sondern an der mangelnden Unterstützung wichtiger Bevölkerungsgruppen und Funktionseliten wie Beamtentum, Militär, Kirchen und Wirtschaft. Im Beitrag „Weimar – Vom Wesen und Wert der Demokratie“, der sich auf die gleichnami-

ge Ausstellung im Deutschen Historischen Museum (DHM) in Berlin bezieht, wird auf die positiven Kräfte einer liberalen Demokratisierung hingewiesen, die allerdings am Ende nicht stark genug gewesen sind.

In der Synthese zweier wissenschaftlicher Stellungnahmen zum Kongressthema des 24. Deutschen Präventionstages „**Prävention & Demokratieförderung**“ kommen der Soziologe Roland Eckert (zusammen mit Coerw Krüger & Helmut Willems) und der Sozialpsychologe Harald Welzer zu Wort. Herausgearbeitet werden die Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung auf der Grundlage von Demokratie und Rechtsstaat. „*Mehr Zukunft wagen*“ fordert Welzer (auch an anderer Stelle), was bedeutet, „*positive Ideen von Zukünftigkeit*“ zu entwickeln und Menschen zu kleinen spürbaren Veränderungsschritten anzustiften: „*Was viel hilfreicher ist: zu sortieren, was sich vom bisherigen Verlauf des zivilisatorischen Projekts als brauchbar und weiterführend erwiesen hat, was man neu dazukombinieren muss und was man dringend loswerden muss. Es kommt auf eine neue Kombinatorik an*“,¹ nicht allein auf große Utopien und Masterpläne oder den Startschuss zu einer „großen Transformation“:² „*Kleinstmögliche Zustandsveränderung kann jede und jeder, sofern Freiheit und Handlungsspielräume gegeben sind. Und das sind sie. [...] wir müssen nur anfangen.*“

Nach Durchsicht der gutachterlichen Stellungnahmen wird deutlich, dass Demokratieförderung und Prävention zwei Seiten derselben Medaille sind. Die Weiterentwicklung des zivilisatorischen Projektes „Demokratie“ findet vor dem Hintergrund von derzeit zunehmenden Gefährdungen und Anfeindungen statt, die es präventiv zu verringern gilt. Die Methoden und Instrumente sind vielfältig und sind mit ihren

jeweils konkreten Zielrichtungen bestmöglich aufeinander abzustimmen. Definitorische Abgrenzungsdebatten bringen die gute Arbeit der engagierten Fachleute und anderer Mitwirkender nicht weiter, wohl aber eine angemessene Qualitätsentwicklung.

Konkrete „Demokratischeschritte“ vor Ort zeigt Fabienne Djadi am Beispiel des **Demokratiezentrum Baden-Württemberg**. Für eine größere Perspektive der Gewaltprävention wirbt der „**Neuköllner Aufruf**“, der die Bundesregierung auffordert, im Rahmen einer konzertierten Aktion nicht nur eine Strategie zur Etablierung einer nachhaltigen gesamtgesellschaftlichen Gewaltprävention zu entwickeln, sondern auch ein in einem definierten Zeitraum verbindlich umzusetzendes Handlungskonzept.

Die Fragestellung „**Prävention als Bedrohung?**“ löst als Debattenbeitrag manche Irritation aus und möchte sodann einen Weg aufzeigen, den an Risiken ausgerichteten Präventionsgedanken mit dem auf positive Ziele gerichteten Förderungs- und Unterstützungsansatz zu versöhnen.

Extremismusprävention ist ein weiterer Schwerpunkt des Heftes. Marcus Kober präsentiert die Zusammenfassung einer Forschungssynthese zur **Prävention von linker Militanz und Linksextremismus** und orientiert über den Stand der Wirkungsforschung mit Empfehlungen für die Praxis.

ProPK gibt einen Blick über die **Präventionsansätze der Polizeilichen Kriminalprävention** bei politisch motivierter Kriminalität.

Mitra Moussa Nabo & Inga Nehlsen betrachten **islamistische Radikalisierungen aus einer makrosoziologischen Perspektive**, analysieren Islamfeindlichkeit als begünstigenden Kontextfaktor für Hinwendungsprozesse zum islamistischen Extremismus und fordern gesamtgesellschaftliche Präventionsansätze ein.

Liebe Leserinnen und Leser, genießen Sie den 24. DPT in Berlin und denken Sie daran: „*Es kommt nicht darauf an, dass der Staat lebe – es kommt darauf an, dass der Mensch lebe*“ (Kurt Tucholsky 1930).

**Herzliche Grüße
Ihr Wolfgang Kahl**

¹ Welzer, Harald (2019). Mehr Zukunft wagen – aber eine andere. In Blätter für deutsche und internationale Politik 4, S. 53 ff.

² Einen solchen Vorschlag unterbreitete der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen (WBGU) unter Vorsitz Hans Joachim Schellnhuber (2011). Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: „Die bisherigen großen Transformationen der Menschheit waren weitgehend ungesteuerte Ergebnisse evolutionären Wandels. Die historisch einmalige Herausforderung bei der nun anstehenden Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft besteht darin, einen umfassenden Umbau aus Einsicht, Umsicht und Voraussicht voranzutreiben.“